



der hochschulpolitische

# Inforeader

ft 5/94

März '94

## Inhaltsverzeichnis

### Aktionen und Planungen

Streikkongreß/AK Bildungsgipfel . . . . .	1
Kongreß Perspektiven . . . . .	2
Bundesweiter Faxverteiler . . . . .	7
BASIN - Computervernetzung . . . . .	8

### Alles Gute kommt von oben

Neues vom Sparschlumpf . . . . .	9
Das Gesetz im Wortlaut . . . . .	10
BAföG . . . . .	11
MinisterpräsidentInnenkonferenz . . . . .	13

### Berichte und Kommentare

Prometheus' letzte Schicht! . . . . .	14
---------------------------------------	----

Versuch einer Kritik der studentischen Strategien . . . . .	14
Neues aus Hessen . . . . .	17

### Kurz & wichtig

Schnipsel . . . . .	19
BaWü: Spannungen zwischen RektorInnen und Regierung . . . . .	19
RCDS-„asta“ in Mannheim? . . . . .	19
HRK . . . . .	19
Centrum für Hochschulentwicklung . . . . .	19
Medizin . . . . .	19
Termine . . . . .	20
Materialmarkt . . . . .	22
Impressum . . . . .	24

## Aktionen und Planungen

### Streikkongreß/AK Bildungsgipfel

Der ursprünglich für den 18.-20. März angesetzte gemeinsame Termin von AK Bildungsgipfel und Streikkongreß in Köln ist inzwischen auf Initiative der KölnerInnen verschoben worden.

Hier der Brief aus Köln:

Liebe Leute,

wir hier in Köln richten wieder einen Streikkongreß aus. Leider müssen wir von dem in Hannover ausgemachten Termin (17.-19.3.94) abweichen. Der Kongreß findet jetzt vom

**30. März bis 3. April (Ostersonntag) in Köln**

statt.

Der Ablauf sieht eine verbindliche Anreise am Mittwoch, dem 30. März vor, da die Arbeitsgruppen schon am Gründonnerstagmorgen nach einem kurzen Auftaktplenum mit der Arbeit beginnen sollen. Am Ostersonntag, den 3. April, findet das Abschlußplenum statt.

Im einzelnen sind bisher folgende Arbeitsgruppen geplant: Sozialabbau/gesamtgemeinschaftlicher Protest (Bündniskampagne), Analyse der Bildungspolitik, Standort Deutschland/Forschungspolitik, Widerstandskonzepte, Forderungen (diese beiden werden zusammenarbeiten), Hochschulrahmengesetz, Gegenunis, Widersprüche innerhalb der Bewegung, Uniutopie.

Diese Arbeitsgruppen erstrecken sich über drei Tage, an jedem dieser Tage wird es Zeit für ein Frauen- und ein Männerplenum geben. Zudem sollen die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse, Unstimmigkeiten, Argumentationen jeweils abends in einem Gesamtplenum referieren.

Wir werden in einer Woche noch einen Reader mit Materialien zu den einzelnen Arbeitsgruppen verschicken, der als Diskussionsgrundlage dient. Diese sollten auch gelesen werden, echt! Wir versuchen auch ReferentInnen zu einzelnen Arbeitsgruppen zu bekommen.

Weshalb wir den Kongreß verlegt haben:

1. der 18. März ist zu kurzfristig, um einen Streikkongreß inhaltlich angemessen vorzu-

bereiten. Wir für unseren Teil haben genug von Arbeitsgemeinschaften, die auf keiner Grundlage beruhen. Gelabert wird an den Hochschulen schon genug. (Dies ist auch in erster Linie ein Streikkongreß, nicht nur der AK Bildungsgipfel!). Ebensowenig können bis zum 17. März Basisinitiativen und Einzelleute erreicht werden.

2. Haben wir an Ostern ein verlängertes Wochenende und damit Zeit.
3. Ist es unmöglich, nach Ostern passende Termine zu finden, da die Fachhochschulen schon wieder Semester haben und an den Unis (in NRW) die ErstsemesterInnenarbeit beginnt. Dieses spricht auch gegen einen Termin unter der Woche.

Wir sind mit dem Ostertermin selber auch nicht sooo glücklich, finden aber den Widerstand im nächsten Semester wichtiger als andere Dinge. Politik ist so, womit diese Einladung mit einer netten Naturalisierung abgeschlossen wäre. Alles mal veränderbar sein, dieser Termin ist es nicht!

Tschau aus Köln

## Kongreß Perspektiven

Der Arbeitskreis Bildungsgipfel hat beschlossen, ein großes StudentInnentreffen im Sommer zu organisieren. Es soll eine Mischung aus Kongreß und Festival werden, viele Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihre unterschiedlichen Ideen in die Planung einzuhängen und umzusetzen. Also habt keine Angst und vergeßt Eure Vorurteile und macht einfach mit! Egal, ob Ihr ein bestimmtes Thema selbst vorbereiten wollt oder einfach nur eine Idee habt und eine Referentin einzuladen wünscht oder Theater spielen oder mit Eurer Band auftreten oder sonst was wollt!

Damit der Kongreß ein Erfolg, im Sinne von gut vorbereiteten Arbeitsgruppen, Foren etc., wird, ist es jetzt schon notwendig, daß sich Menschen aus den verschiedensten Zusammenhängen bereit erklären, bereits skizzierte Themen zu bearbeiten. Es ist natürlich auch noch möglich, weitere AG's etc. anzubieten.

Damit nicht viele verschiedene Menschen an verschiedenen Orten sich die Köpfe um das gleiche Thema machen, hat der Arbeitskreis Bildungsgip-

fel gebeten, daß sich InteressentInnen bis zum 15. März an Dirk oder Michael in der RWTH Aachen (024 11/820 00) wenden, damit diese beiden Euch sagen können, wo noch jemand sich einen Kopf macht.

Auf jeden Fall hat der Arbeitskreis beschlossen, daß die Organisationsgruppe versuchen soll, die Inhalte zu koordinieren: Also wendet Euch an Dirk oder Michael!

Bis zum 15. April sollte feststehen, was genauer in den AG's etc. gemacht werden soll, weil dann die Organisationsgruppe einen Reader mit den Themen verschicken will. Auch nach diesem Termin wird es noch Möglichkeiten geben, aktuell AG's etc. einzurichten, denkt aber daran, daß es Zeit braucht, diese Ideen noch mal bundesweit bekannt zu machen.

Der Kongreß findet von Mittwoch bis einschließlich Sonntag statt. In dieser Zeit sollen die AG's, Foren oder was sonst auch immer stattfinden. Ort: München, in einer Zeltstadt.

Die vorab schon vom Arbeitsgipfel Bildungsgipfel andiskutierten Themen sind unter sieben Oberthemen gesondert:

1. Hochschulpolitik
2. Öffentlichkeitsarbeit
3. Soziales
4. Frauen
5. Ökologie
6. AusländerInnen
7. Gesellschaft

### Themenbereich 1:

**Gegenüberstellung der Landeshochschulgesetze; speziell alte Bundesländer vs. neue Bundesländer** — Hier sollen die verschiedenen spezifischen Merkmale der einzelnen LHGe gegenübergestellt werden, um bildungspolitische Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern herauszuarbeiten und später einen kritischen Vergleich und eine Bewertung der Maßnahmen vornehmen zu können.

**Geschichte und Inhalte der studentischen Bewegung** — Reformansätze, die schon gemacht wurden, sollen analysiert und bewertet werden. Hierzu ist die Kenntnis der Geschichte und der Inhalte der studentischen Bewegung nötig.

**Autonomie der Hochschule und gesellschaftliche Verantwortung** — Diese AG soll die aktuellen Ansätze der unterschiedlichsten Parteien und Personen zur Hochschulautonomie und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zusammenzutragen und versuchen, eigene Positionen der StudentInnenenschaft gegenüberzustellen.

**Studentische Evaluation der Lehre: Modelle, Konflikte, Ideen** — Für die konkrete Arbeit in den Studierendenvertretungen sollen die Modelle und Schwierigkeiten bestehender Evaluationsmethoden aufgezeigt werden. Daraus entwickeln sich vielleicht neue Ansätze und Maßnahmen.

**Gremien an Hochschulen** — Hier sollen vor allem für StudentInnen, die nicht direkt in den Vertretungen arbeiten, eine Einführung in die unterschiedlichsten Gremienstrukturen der Hochschulen gemacht werden, die Aufgabe dieser Gremien erläutert werden und Möglichkeiten der eigenen Mitarbeit aufgezeigt werden.

**Gesamthochschule** — Es wird eine Einführung in die Geschichte der Gesamthochschule gegeben. Wie wurde versucht, die Konzeption der GH in die Praxis umzusetzen. Welche Zukunft kann und soll die GH in der Bildungslandschaft haben?

**Hochschulrahmengesetz-Novelle** — Das HRG soll novelliert werden. Welche Forderungen haben wir an das HRG? Ist ein HRG überhaupt sinnvoll? Welche Konsequenzen hat das HRG für jedeN von uns?

**Zukunftswerkstatt** — Wie sehen unsere Utopien von Bildung aus? Mit welchen Studieninhalten und Strukturen ließen sie sich verwirklichen?

**Hochschufinanzierung** — Was sind Drittmittel? Wer vergibt sie, wer bekommt sie? Sind Drittmittel der Ausweg aus der finanziellen Misere der Hochschulen? Oder sollen die Hochschulen sich in Zukunft nur noch über Steuergelder finanzieren? Hier werden Wege aus der katastrophalen Mittelausstattung der Hochschulen gesucht.

**Studienberatung** — Wann sollte eine Studienberatung angeboten werden? Welchen Sinn hat eine Zwangsberatung, wie sie der Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg, v. Trotha, plant? Wie sollte eine Studienberatung aussehen, und wer soll sie machen: Angestellte des Landes, StudentInnen der jeweiligen Fachbereiche oder aber beide Gruppen zusammen?

**Mitbestimmung und Management** — Ist die Leitung von Hochschulen in ihrer jetzigen Form noch handlungsfähig? Was steht hinter der Forderung Demokratisierung der Hochschulen? Welche alternativen Managementformen gibt es für Hochschulen, und wie kann mensch sie mit der Freiheit von Forschung und Lehre unter einen Hut bringen?

**Rechtliche Möglichkeiten** — Welche Möglichkeiten haben StudentInnen in den momentanen Hochschulgesetzen? Wie wirken sich die geplanten Änderungen aus? Es werden die gültigen Gesetze diskutiert, und welche Erfahrungen wir mit ihnen bis jetzt gemacht haben. Von besonderem Interesse sind hier die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Ländern.

**Hochschulzugang** — Wie soll der Zugang zu den Hochschulen in der Zukunft gestaltet werden? Es wird über den Sinn und Unsinn einer Reglementierung der Hochschulzugangs diskutiert werden.

## **Themenbereich 2:**

**Zeitungsworkshop und Herausgabe einer Kongresszeitung, Anleitung zur fundierten Recherche** — Regeln und Anleitungen zum leserInnenfreundlichen Layout, Möglichkeiten der fundierten Recherche und dann die Herausgabe der Kongresszeitung sind die Themen in dieser AG.

**Wissenschaftsläden** — Erarbeitet werden Methoden, wie Forschungsergebnisse einer großen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Verbindung von Hochschule und Gesellschaft, Öffnung

**Rhetorik für AnfängerInnen** — Vorgestellt und eingeübt werden Grundregeln der Rhetorik (Vortragsstil, Diskussionsverhalten).

**Medienrecht** — Welche Konsequenzen hat es V.i.S.d.P. zu sein? Was ist eine Gegendarstellung? Hier sollen alle relevanten Paragraphen des Preserechts besprochen werden. Es geht vor allen Dingen um die Konsequenzen für HerausgeberInnen von Publikationen.

**Kommunikationsstrukturen in der StudentInnenschaft** — Wie kann ein funktionieren-der Informationsfluß innerhalb der StudentInnenschaft hergestellt werden? Es werden verschiedene Modelle diskutiert, wie der Informationsfluß auf allen Ebenen der StudentInnenschaft reibungslos fließt.

**Datenschutz** — Glaube keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast. Wer steckt hinter dem Datenmißbrauch, und wie können wir uns dagegen wehren? Welche Daten benötigen wir aber auf der anderen Seite, um unsere Behauptungen zu untermauern?

**Medien und Öffentlichkeitsarbeit** — Von wem, wie und wo werden Meinungen gebildet? Der Einfluß von Medien auf unser Leben soll thematisiert werden.

## **Themenbereich 3:**

**Behinderte an Hochschulen** — Möglichkeiten der Integration und tägliche Schwierigkeiten der Behinderten an den Hochschulen werden aufgezeigt. Ebenso werden Lösungsmöglichkeiten und Konzepte erarbeitet, die kurzfristig oder längerfristig umsetzbar sind.

**Grundsicherung** — Wieviel Geld oder was überhaupt benötigt die/der Studierende? Zu dieser Frage werden Antworten aufgestellt und mit bestehenden Aufstellungen (z.B. DSW) verglichen und dann bewertet.

**Sozialabbau als Strategie?** — Die Plane der PolitikerInnen, nicht nur die StudentInnen, sondern auch andere Menschen durch das soziale Netz nicht mehr in dem heutigen Maße zu unterstützen, werden analysiert und Gegenvorschläge ausgearbeitet.

**Tarifverträge: Welche Möglichkeiten haben StudentInnen?** — Modelle von Tarifverträgen für studentische Hilfskräfte sollen erarbeitet werden, und mit bestehenden Modellen verglichen werden.

**Studieren mit Kind** — Bedeutet Mutter/Vater werden gleich Abbruch des Studiums? Wer hilft wie den studierenden Eltern? Was muß noch alles geschehen, bis Kind und Studium in der Gesellschaft kein Widerspruch mehr sind?

**Sozialabbau und Nationalismus** — Integrationsmechanismen

**Studienfinanzierung** — Hat das BAföG ausgedient? Es werden verschiedene Modelle der Studienfinanzierung vorgestellt: Von keiner staatlichen Unterstützung bis hin zu 2.500,- DM Zuschuß pro Monat. Was ist wünschenswert, wie kann es realisiert werden?

**Rechtsfragen zu: BAföG, Wohnen, Job und Studium** — Hier sollen die meisten Probleme aus der Praxis von Sozialreferentinnen dargestellt werden. Eine spannende Diskussion über Lücken und Nischen, aber auch offensichtliche Mängel von Gesetzen wird hier geführt werden.

#### Themenbereich 4:

**Ergebnisse des FrauenStreikTags** — Die Aktionen, Seminare und Forderungen des FrauenStreikTags werden zusammengetragen, die Reaktionen auf den Streik werden ausgewertet. Was hat der Streik gebracht?

**Geschichte der Frauenbewegung** — Anfänge, Ursprünge und die im Laufe der Zeit entstanden Forderungen und Erfolge der Frauenbewegung werden gesammelt und ausgewertet. Dieses Seminar soll als Grundlage für die anderen AG's zu feministischer Politik dienen.

**Faschistische Frauenbilder** — Wie sah die Frauenpolitik im deutschen Faschismus aus? Mit Hilfe welcher Frauenbilder wurde sie ideologisch durchgesetzt. Was wird heute noch davon genutzt?

**Rollenbilder** — Die immer noch viel zu häufig herrschenden Rollenbilder der Frauen in der Gesellschaft müssen aufgehoben werden. Fehlende Gleichberechtigung wird herausgearbeitet und Forderungen, die diese Mißstände abschaffen sollen, aufgestellt.

**Genetik- und Reproduktionsmedizin** — Wie funktioniert die Ausbeutung von Frauen/Körpern in dieser Medizin? Zusammenhänge zur Bevölkerungspolitik. Forderungen zur Kontrolle bzw. Abschaffung dieser Forschungsbereiche werden diskutiert und formuliert.

**Verhütung/Sexualität** — Warum ist die Verhütung heute immer noch ein Problem der Frauen? Stellt sich damit die patriarchalische Struktur dar? Sexualität und Befreiung, das Private ist politisch!

**Frauenforschung** — Warum werden Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen und andere Vorbilder totgeschwiegen? Unter dem Deckmantel der Objektivität basiert Forschung auch heute noch auf männlicher Lebensrealität.

**Feministische Theorie** — Feminismus als grundlegende Gesellschaftskritik — Frauen beziehen sich auf Frauen

**Feministische Politik und Studienbedingungen** — Anhand der StudentInnenbewegung soll exemplarisch die Entwicklung des Feminismus in der Gesellschaft dargestellt werden. Was hat feministische Politik bewirkt, was muß und kann sie noch erreichen? Sind Frauenhochschulen eine Alternative zum herrschenden Bildungssystem?

**Gleichstellungsgesetze und Frauenförderpläne** — Die Geschichte der Gleichstellungsgesetze und Frauenförderpläne wird hier aufgezeigt werden. Es sollen die Unterschiede in den 16 Bundesländern mit ihren Vor- und Nachteilen diskutiert werden.

**Gewalt gegen Frauen** — Welche Formen von Gewalt gegen Frauen gibt es? Nicht nur die offensichtlichen Formen von Gewalt gegen Frauen sollen hier aufgezeigt werden, sondern auch die subtilen. Es werden Methoden, Strategien und Ideen gegen Gewalt gegen Frauen erarbeitet werden.

**Gegenmacht** — Am Ende des Kongresses wissen wir hoffentlich, wie wir Gegenmacht organisieren.

**§218** — Geschichte des Kampfes für selbstbestimmtes Entscheiden von Frauen über ihren eigenen Körper. Wie steht es um die Novellierung des §218, nachdem das Bundesverfassungsgericht die letzte Novelle für verfassungswidrig erklärt hat. Wie ist mit der Neuregelung des §218 umzugehen. Ist eine Abschaffung des §218 längst überfällig?

Wenn nein, wie sollte der §218 in Zukunft aussehen?

#### **Themenbereich 5:**

**Mobilität** — Kritische Fragen zur steigenden Mobilität der StudentInnen auch unter Berücksichtigung der Angebote des Semestertickets sind Arbeitsschwerpunkte dieser AG. Es soll untersucht werden, ob die heutige Mobilität überhaupt nötig ist oder reduziert werden kann. Hierzu werden Modelle erarbeitet.

**Mensen** — Ökologisch geführte Mensen sind an den meisten Hochschulstandorten keine Selbstverständlichkeit. Hier werden die verschiedenen Modellversuche der einzelnen StudentInnenwerke gesammelt, bewertet und in einem Vorschlagskatalog für die StuWe zusammengefaßt.

**Ökologie und Studium** — Immer häufiger wird die Forderung erhoben, daß die Hochschulen sich der ökologischen Erneuerung ihrer Studieninhalte stellen müssen. Hier soll versucht werden, ökologische Inhalte im Studium zu erarbeiten, sinnvoll in Studienpläne einzubinden, bzw. neue Studienverlaufspläne zu erstellen, die obige Forderungen erfüllen.

**IWF und Weltbank** — Zerstörung und Ausplünderung in der sogenannten 3. Welt als Folge der Politik von IWF und Weltbank, Information und Widerstand.

**Müll** — Ist der Grüne Punkt der Weg aus der Müllkrise? Wie kann eine müllfreie Gesellschaft gestaltet werden? Es werden die Ursachen und mögliche Lösungen aufgezeigt und Modelle entwickelt, wie mensch schon heute müllfrei leben kann.

**Ökologie als Werbeträger** — Der Mißbrauch des ökologischen Gedankens in der Werbung und die Ausnutzung dieses zum Überleben notwendigen Gedankens und seiner Umsetzung durch die Industrie sind Inhalte dieses Seminars. Mißbrauch soll aufgedeckt, analysiert und Abhilfe geschaffen werden.

**Ökologie und neue Rechte** — Die Besetzung des Ökologiebegriffs durch rechte Gruppen und deren Mißbrauch mit diesem Thema werden in diesem Seminar aufgezeigt und zusammengestellt. Dabei wird auch der Zusammenhang zu Esoterik/New Age angesprochen.

#### **Themenbereich 6:**

**Asyl** — Die aktuelle Asyldebatte, das gewollte Hochspielen der Fremdenfeindlichkeit durch die PolitikerInnen und die anschließende Änderung des Asylgesetzes werden dokumentiert und analysiert, Flüchtlingspolitik.

**Solidarprojekte** — Die bestehenden Projekte mit ausländischen StudentInnen sollen dargestellt und Ideen und Konzepte für neue Projekte gesammelt bzw. erstellt.

**Antifaschistischer Widerstand** — Aus der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes heraus sollen Konzepte für die Zukunft entstehen, indem Erfahrungen analysiert und neue Möglichkeiten aufgezeigt werden.

**Fluchtursachen** — Warum verlassen Jahr für Jahr Millionen Menschen ihre Heimat und begeben sich auf eine Reise ins Ungewisse? Wie können diese Ursachen wirkungsvoll bekämpft werden? Welche Rolle soll und kann hierbei die internationale Solidarität spielen?

**AusländerInnen an der Hochschule** — Welche Probleme haben AusländerInnen an den Hochschulen? Wie kann AusländerInnen geholfen werden, ihre Interessen durchzusetzen?

**Abschiebungspraktiken** — In den letzten Monaten haben die Behörden massiv ausländische StudentInnen abgeschoben. Hier sollen Motive für diese Politik der Abschiebung gesucht werden und praktische Tips gegeben werden, wie mensch von der Abschiebung bedrohten AusländerInnen helfen kann.

**Chancen der Migration** — Diese AG untersucht die positiven Aspekte und Auswirkungen der Aufnahme von Fremden im eigenen Land und versucht damit Gegenpositionen zu den ausländerrInnenfeindlichen Parolen der jüngsten Zeit aufzustellen. Kritische Diskussion über Theorien multi-kultureller Gesellschaft.

**Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien: Ursachen, Folgen, Hoffnungen** — Ursachen für den Krieg werden erarbeitet und ihre Folgen für Europa und die Welt beschrieben. Ebenso sollen Lösungsansätze für die gewaltfreie Konfliktlösung erarbeitet werden.

**Rassismus** — Folgen und Ursachen des Rassismus unter den Studierenden und der Widerstand gegen ihn werden in dieser AG diskutiert und er-

arbeitet.

#### **Themenbereich 7:**

**Hochschule und Kapital** — Welche Funktion hat Bildung in dieser Gesellschaft? Welchen Einfluß darf das Kapital auf die Bildung und Forschung haben, wie abhängig dürfen sich Hochschulen von nichtöffentlichen Geldmitteln machen? Antworten auch in Bezug auf die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen auf obige Fragen werden erarbeitet und diskutiert.

**Hochschule und Widerstand** — Aus den Hochschulen kamen schon immer Widerstand gegen herrschende Politik und Ideen zur Veränderung der Verhältnisse. Was ist heute los?

### **Bundesweiter Faxverteiler**

schnelle Informationsverbreitung ohne EDV-Kenntnisse

Im Prinzip wurde das Konzept schon auf dem AK-BiGi-Treffen in Marburg (Mitte Januar) beschlossen. Es kam jedoch nicht so richtig ins Laufen, und Anfang Februar wurde aus Frankfurt ein anderes Modell vorgeschlagen, was der Klarheit auch nicht gerade dienlich war. (Natürlich dürfen – und sollen! – die Leute (sich) Gedanken und Vorschläge machen, und niemand hat hier ein Monopol auf irgendwas, aber verwirrend war's eben doch.) Auf dem nächsten AK-BiGi-Treffen in Hannover (18.2.) wurde dann im Prinzip das Marburger Modell bekräftigt und präzisiert; die Leute aus Frankfurt waren dabei und damit einverstanden, ihr Konzept verworfen wurde.

Das Ganze funktioniert jetzt so: In jedem Bundesland gibt es einen Verteiler, d.h. einen AstA/USTa/StuRa mit Fax, der für den bundesweiten Kontakt zuständig ist. (In diesem

AstA/USTa/StuRa sollte sich möglichst *eine* Person dafür verantwortlich fühlen, daß die Sache auch wirklich klappt.) Diese Verteiler bekommen Infos und Aktionspläne aus ihrem Bundesland zugefaxt. Jeweils mittwochs faxen sich all diese 16 Verteiler gegenseitig an und übermitteln, was sich bei ihnen im Lauf der Woche angesammelt hat. Donnerstags läuft dann die Verteilung in das jeweilige Bundesland (näheres regelt die jeweilige Landesastenkonzferenz, oder wie sie gerade heißt).

Das Ganze klingt zwar vielleicht etwas kompliziert, ist aber – wenn es läuft, d.h. am Laufen gehalten wird – eine ziemlich effektive Struktur, um Infos einigermaßen schnell auch in die entlegenen Ecken der Republik zu bringen. In Hannover sah es zunächst so aus, als würde sich für etliche Länder kein Verteiler finden, aber Anfang März war die Liste tatsächlich komplett:

Land	Wo/Wer	Fax-Nr.
Baden-Württ.	FSR-VV Uni Tübingen	07071-26897
Bayern	Stud.-vert. GSU München, c/o Riem	089-38196133 vor 17h
Berlin	AStA TU Berlin, c/o Miriam	030-3121398
Brandenburg	StuRa Uni Potsdam	0331-972163
Bremen	AStA Uni Bremen	0421-2182512 (?)
Hamburg	AStA Uni Hamburg, c/o Olaf	040-4107224
Hessen	AStA GH Kassel, c/o Angie	0561-84247
McPommessland <sup>a</sup>	StuRa Uni Rostock	0381-3792479
Niedersachsen	LAK c/o AStA Uni Hannover	0511-717441
NRW	LAT c/o AStA FH Aachen	0241-708410
Rheinland-Pfalz	AStA Uni Mainz, c/o Martin (Geo)	06131-371857
Saarland	Saarbrücken, c/o Klaus Sommer	0681-3024323
Sachsen	StuRa Uni Leipzig	0341-7192255
Sachsen-Anhalt	StuRa Uni Halle	0345-29515
Schleswig-Holstein	AStA Uni Kiel	0431-8802647
Thüringen	StuRa TU Ilmenau	03677-691914

<sup>a</sup> So gefunden in einem Fax aus Rostock. Die dürfen das.

Noch etwas zu dem Einwand, daß längst nicht jeder AStA/USStA/StuRa ein Faxgerät habe: Das stimmt zwar. Aber das gilt erstens erst recht für so schöne Dinge wie Computernetz-Zugänge (die ich trotzdem – oder gerade deshalb – hiermit nochmal propagieren möchte; siehe auch den Artikel zu BASIN), und zweitens sind (einfache) Faxgeräte heu-

te ziemlich erschwinglich. Als Alternative bleibt sonst nur die Informationsübermittlung in Papierform, die nunmal um einiges langsamer ist, aber trotzdem stattfindet – z.B. mit dieser Bunten Lamine, aber auch mit den Readern von AK BiGi und fzs.

## BASIN – Computervernetzung

diesmal: eine Mail-Liste

Die Idee BASIN – Bundesweites alternatives studentisches Info-Netzwerk – nimmt (eine neue) Gestalt an. Im Bereich der Computernetze gibt es neben Gophermenüs in Berlin, Darmstadt, Oldenburg und anderswo, die teilweise auch untereinander vernetzt sind, und den einschlägigen Newsgroups (auf Comlink, Internet und Z-Netz) jetzt auch einen Mail-Verteiler. Dieser besteht im wesentlichen aus einer Mail-Adresse, an die man Nachrichten schicken kann, die dann automatisch an eine ganze Reihe von anderen Adressen weitergeleitet werden.

Der Unterschied zu einer Newsgroup ist zum Einen, daß die Infos nur an bestimmte Leute gehen, also nicht ganz öffentlich sind<sup>1</sup> (ob man dies nun als Vor- oder Nachteil ansieht, wäre noch zu diskutieren), zum Anderen, daß die Spaltung in verschiedene Netze (insbesondere Internet/WIN

vs. CL, Z-Netz und andere telefonnetz-basierte Strukturen) hier (hoffentlich) nicht so sehr ins Gewicht fällt, da es inzwischen doch genügend Gateways gibt, um Mails zwischen den verschiedenen Netzen zu übertragen, während News sich kaum netzübergreifend verbreiten.<sup>2</sup>

Eingerichtet wurde der Verteiler von Niklas Gidion aus Hamburg (aus dem AStA(-Umfeld) der Uni HH). Am 12. März schickte er folgenden Artikel in die Netze (de.soc.studium und cl.bildung.hochschule):

\* BASIN – bundesweites, alternatives, studentisches Informations-Netz \*

Hallo,

es gibt jetzt eine „Mailing-Liste“, an die sich al-

<sup>1</sup> Beim hier vorliegenden Exemplar kann sich allerdings jeder Beliebige selbst als 'AbonentIn' eintragen.

<sup>2</sup> Auch daran wird gearbeitet: Holger aus Kassel (? – Mailadresse: kommag@asco.ks.open.de) hat sich vorgenommen, „ab und zu wichtige Beiträge zwischen DE/ALT/Sudienreform & CL/BILDUNG/Hochschule auszutauschen“ und dafür einige Zustimmung geerntet. Langzetterfahrungen liegen noch nicht vor.



le anschließen können, die Interesse an aktuellen Informationen, Terminen, Aktionen, Texten, etc. zum Thema Hochschulpolitik haben. Wichtig ist, daß über diese Liste keine langen Diskussionen mit Zitaten etc. laufen sollen! Hauptsächlich ist sie als ein Kommunikations- und Informationsmittel zwischen Studierenden-vertretungen der Bundesrepublik gedacht – es können aber wie gesagt alle Interessierten teilnehmen.

Wie funktioniert die Mailing-Liste?

Die Mailing-Liste, ist eine Adresse, welche automatisch jede Nachricht, die an sie gesandt wird, an sämtliche TeilnehmerInnen der Liste weiterleitet – im Prinzip ist sie also ein normaler Verteiler. Die Adresse der Mailing-Liste ist: **basin@hades.comlink.de**

Wie kannst Du in die Liste aufgenommen werden?

Das Besondere an einer Mailing-Liste ist, daß Du selbst steuern kannst, ob Du die Nachrichten aus dieser Liste erhältst, oder nicht. Auch eine (zwar einfache) Liste aller aktuell Teilnehmenden kannst Du jederzeit selbst abrufen. Zu diesem Zweck hat die Liste eine spezielle Adresse - den sogenannten Administrator. Diese Adresse lautet: **basin-adm@hades.comlink.de**

An diese Adresse kannst Du nun Nachrichten mit 3 verschiedenen Befehlen absenden:

- „Eintrag“ (eintrag, EINTRAG) - zum Eintragen in die Liste
- „Austrag“ (austrag, AUSTRAG) - zum Austragen aus der Liste

- „Liste“ (liste, LISTE) - zum Anfordern der Liste aller Teilnehmenden

Die Befehle gehören in die Subject/Betreffzeile – nur einer pro Nachricht ! Als Nachrichteninhalt kannst Du dann schreiben, was Du möchtest – es hat keinerlei Bedeutung... Beim Neueintrag, wäre es jedoch nett, wenn Du als Nachricht eine kleine Beschreibung von Dir schreibst (z.B. mit Postadresse, Telefon, Fax etc.). Ich fasse das ganze dann regelmäßig zu einer ausführlicheren Liste zusammen und versende diese an alle Listen-Mitglieder.

[Liste der derzeitigen Mitglieder (45) aus Platzgründen gelöscht]

Das wars... und nun her mit den Texten, Informationen, Planungstips, etc. Nachfragen, Flames, Lobpreisungen etc. gehen bitte an mich persönlich ;) (n.gidion@cl-hh.comlink.de)

*Niklas Gidion*  
Alsterdorfer Str. 275; 22297 HH  
Tel. 040-515182

P.S.: Es gibt z.Zt. (20.3.) noch ein kleines Problem: das Administratorprogramm erwartet, daß in den Eintrag-/Austrag-/Liste-Mails eine Kopfzeile der Form „From: user@host.irgendwo ...“ steht; je nachdem, was für ein Mailprogramm man hat, kann es beliebig schwierig sein, dieses daran zu hindern, stattdessen eine Zeile der Form „From: Vorname Name (user@host.irgendwo)“ zu erzeugen.

## Alles Gute kommt von oben

### Neues vom Sparschlumpf

Kindergeldanspruch seit 1.1. gestrichen

Am 29. Dezember 1993 trat das 1. Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm-Gesetz mit etlichen Kürzungsaufträgen in Kraft. Infolge des Artikels 5 dieses Gesetzes (nachzulesen im Bundesgesetzblatt (BGBl) I Seite 2363 von 1993) wurde zum 1. Januar 1994 das Bundeskindergeldgesetz geändert (Die Komplettfassung ist im BGBl I, S. 169, 1994). Danach wird in Zukunft das Kindergeld für Studierende gestrichen, denen

„Bruttobezüge von wenigstens 750 DM monatlich zustehen oder nur deshalb nicht zustehen, weil das Kind auf einen Teil der vereinbarten Bruttobezüge verzichtet hat.“ Im Klartext heißt das, wer einen Arbeitsvertrag unterschrieben hat, in dem ein monatlicher Bruttoverdienst von mehr als 749 DM zugesichert wird, hat keinen Anspruch auf Kindergeld.

Eine Übergangsvorschrift regelt die Prüfung der Voraussetzungen zum Bezug von Kindergeld (§44g BKGG). Deshalb sind schon oder werden noch Briefe vom Kindergeldamt ins Haus flattern in denen unter dem (zärtlich formuliert) „Vorbehalt der Rückforderung“ innerhalb einer bestimmten Frist von den Beziehenden erklärt werden muß, ob die Anspruchsvoraussetzungen weiterhin gegeben sind. Bis jetzt ist das eher unproblematisch, denn die Bescheidsformulare für die Arbeitgebenden sind nach einer Auskunft des Arbeitamtes noch nicht entwickelt, sprich, bis jetzt weiß noch niemand, wie das monatliche Einkommen kontrolliert werden soll. Die Lohnsteuerkarte kann dafür nicht herangezogen werden. Demzufolge sollte ein formloses Schreiben der Arbeitgebenden, in dem das monatliche Einkommen angegeben wird, ausreichen. Zur Sicherheit solltet Ihr Euch aber bei Eurem zuständigen Kindergeldamt informieren!

Für BAföG-Empfängende und sonstige Bezuschufte wird dann kein Kindergeld gezahlt, wenn die Höhe des monatlichen Zuschusses 610 DM nicht übersteigt. Als Nachweis für die Anspruchsberechtigung dient hier der BAföG-Bescheid. BAföG besteht zur einen Hälfte aus Zuschuß, zur anderen Hälfte ist BAföG ein Darlehen. Nur Behinderte, Kindererziehende oder Kinderbetreuende erhalten BAföG als Vollzuschuß (§15 Abs.3, Nr.5 i.V.m. §17 BAföG). Behinderte sind im neuen Kindergeldgesetz von vornherein von der hier be-

sprochenen Regelung ausgenommen worden. Nicht jedoch die Kindererziehenden oder Kinderbetreuenden. Und sie wird es wohl am härtesten treffen, denn für viele ist das Kindergeld Teil des monatlichen Minimalbedarfs (übrigens wurde im gleichen Atemzug auch das Erziehungsgeldgesetz geändert). Studieren mit Kind? Die Regierung sagt nein.

Treffen wird dieses Gesetz aber auch alle diejenigen, die ordnungsgemäße Arbeitsverträge eingegangen sind, um ihr Studium nebenbei finanzieren zu können und das Kindergeld als notwendige Finanzspritze von den Eltern erhalten haben. Wenn Mensch die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zugrundelegt und die Preissteigerung seit 1991 von etwa 6% hinzurechnet, so würde er oder sie auf ein notwendiges Gesamteinkommen von 1120 DM kommen! 749 DM plus Kindergeld von maximal 220 DM sind nur 969 DM. Also müssen alle diejenigen, deren Eltern nicht genug Kohle haben, um ihnen das Studium finanzieren zu können und die, aus welchen Gründen auch immer, kein BAföG beziehen können, in Zukunft entweder auf das Kindergeld verzichten (was der Regierung natürlich prima ins Konzept passen würde) und dafür mehr arbeiten oder aber schwarz arbeiten. Daß das den Schluß zuläßt, die Bundesregierung wäre an der Förderung der Schwarzarbeit interessiert, ist nicht ganz auszuschließen.

## Das Gesetz im Wortlaut

### Artikel 5: Änderung des Bundeskindergeldgesetzes

Das Bundeskindergeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 1990 (BGBl. 1 S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 10 des Gesetzes vom 17. Dezember 1993 (BGBl. 1 S. 2118), wird wie folgt geändert:

2. §2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt: „I. vom Berechtigten in seinen Haushalt aufgenommene Kinder seines Ehegatten,“.

b) Absatz 2 Satz 2 bis 4 wird wie folgt gefaßt: „Außer in den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 werden Kinder nicht berücksichtigt, denen aus dem Ausbildungsverhältnis oder einer Erwerbstätigkeit Bruttobezüge in Höhe von wenigstens 750 DM monatlich zustehen oder nur deswegen nicht zuste-

hen, weil das Kind auf einen Teil der vereinbarten Bruttobezüge verzichtet hat; außer Ansatz bleiben während der Ferien erzielte Bruttobezüge von Schülern, die allgemeinbildende Schulen besuchen, Ehegatten und Kinderzuschläge und einmalige Zuwendungen sowie vermögenswirksame Leistungen, die dem Kind über die geschuldete Vergütung hinaus zustehen, soweit sie den nach dem jeweils geltenden Vermögensbildungsgesetz begünstigten Höchstbetrag nicht übersteigen. Satz 2 gilt entsprechend, wenn dem Kind Lohnersatzleistungen oder als Ausbildungshilfe gewährte Zuschüsse von Unternehmen, aus öffentlichen Mitteln oder von Förderungseinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel erhalten, von wenigstens 610 DM monatlich zustehen. Sind Beträge in ausländischer Währung zu zahlen, treten an die Stelle der in den Sätzen 2 und 3 genannten Grenzwerte die entsprechenden Werte, die sich bei Anwendung der jeweils für September des vorangegangenen Jahres vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Verbrau-

chergeldparität ergeben.“

[...]10. Nach §44f wird folgender §44g eingefügt:

„44g Übergangsvorschrift aus Anlaß des Artikels 5 des 1. SKWPG (BGBl. 1 S. 2353)

(1) Personen, die für Dezember 1993 Kindergeld für ein Kind, das das 16. Lebensjahr vollendet hat, bezogen haben, wird von Januar 1994 an wegen der Überprüfung der Voraussetzungen des §2 Abs. 2 Satz 2 bis 4 Kindergeld für dieses Kind insoweit unter dem Vorbehalt der Rückforderung gezahlt. Sie haben auf Verlangen der zuständigen Stelle innerhalb einer von dieser gesetzten Frist darzulegen, ob die Anspruchsvoraussetzungen nach dieser Vorschrift ab Januar 1994 weiterhin vorliegen.

(2) Personen, die für Dezember 1993 die Sockelbeträge nach §10 Abs. 2 Satz 1 für ein drittes oder

weiteres Kind bezogen haben, werden von Januar 1994 an für dieselben Kinder diese Sockelbeträge unter dem Vorbehalt der Rückforderung gezahlt. Sie haben auf Verlangen der zuständigen Stelle innerhalb einer von dieser gesetzten Frist darzulegen, ob die Anspruchsvoraussetzungen hierfür auch unter Berücksichtigung von §10 Abs. 3 vorliegen.

(3) Das für die Zeit ab Januar 1994 überzahlte Kindergeld ist zurückzuzahlen. Mit dem Erstattungsanspruch kann gegen laufende Kindergeldansprüche bis zu deren voller Höhe aufgerechnet werden; §23 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Den Berechtigten, die für Dezember 1993 Kindergeld bezogen haben, braucht kein Bescheid über den sich aus Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 ergebenden Vorbehalt der Rückforderung erteilt werden.“

## BAföG

### Dokumentation eines Tauziehens oder fauler Kompromiß in Sicht?

Am 2.2. beschloß das Bundeskabinett, den vom BMBW vorgelegten Entwurf zur 17. Novelle des BAföG als Regierungsentwurf zu übernehmen. Darin ist vorgesehen, die BAföG-Sätze bis 1996 einzufrieren. Außerdem sollen die BAföG-Leistungen schon nach dem 2. Semester von einem Leistungsnachweis abhängig gemacht werden (wie es jetzt schon nach dem 4. Semester der Fall ist).

Wenn dieser Gesetzentwurf durch Bundestag und Bundesrat kommt, so bedeutet dies für BAföG-BezieherInnen nicht nur, daß sie für die nächsten 2 Jahre auf den Inflationsausgleich verzichten müssen, sondern auch mehr Leistungsdruck und Kontrolle im Grundstudium.

Die Bundesregierung mißbraucht hier das BAföG als Hebel, um ihre Vorstellungen von Studien- und Prüfungsorganisation – möglichst fein durchstrukturiert, streng überwacht und sanktioniert, verschult eben – durchzusetzen, und als Disziplinierungsinstrument gegenüber den Studierenden.

Gegen die Absicht, die Höhe der BAföG-Leistungen einzufrieren, regte sich sofort breiter Widerstand nicht nur beim fzs und – in seltener

Eintracht – bei RCDS und Jusos, sondern auch bei Landesregierungen und anderen Organisationen.

Die SPD-Regierungen wandten sich dabei vor allem dagegen, daß damit mal wieder ein Stück Sozialabbau betrieben und ein Sozialer NC eingeführt bzw. verschärft werde; die hessische Wissenschaftsministerin Evelies Mayer bezeichnete die Politik der Bundesregierung außerdem als „von Mißtrauen gegenüber den Studierenden und den Hochschulen geprägt und Ausdruck staatlicher Kontrollmentalität“ und warf der Bundesregierung vor, sie wolle „die Zahl der Studierenden mit Hilfe von Straf- und Kontrollmechanismen nach dem Motto 'Rausprüfen um jeden Preis' verringern“.<sup>1</sup> Der bayerische Kultusminister Zehetmair führte als Gegenargument vor allem die zu erwartende Studienzeiterhöhung durch vermehrtes Jobben an. Die HochschulrektorInnenkonferenz hat auf ihrer Plenumsitzung Ende Februar eine Stellungnahme verabschiedet, in der sie sich sowohl mit diesem Argument als auch mit dem der „Chancengerechtigkeit“ für die BAföG-Erhöhung ausspricht. Außerdem verweisen die HochschulrektorInnen und -präsidentInnen auf den „Investitionscharakter“ des BAföG: „Es handelt sich daher um kurzfristigenn Aktionismus, wenn durch

<sup>1</sup> Zitate aus einer Rede im hessischen Landtag / Pressemitteilung vom 10.2.

kurzfristig zu erzielende Einsparungen der öffentlichen Hand langfristig entscheidende Ressourcen vergeudet werden.“<sup>2</sup>

Die Idee mit dem Leistungsnachweis nach dem 2. Semester fiel jedoch leider auf fruchtbareren Boden:

Die HRK sprach sich in eben jener Stellungnahme „gegen eine Regelung“ aus, „die die BAföG-Empfänger im Verhältnis zu den übrigen Studierenden besonders belastet“ und verwies auf ihre Stellungnahme vom 8.11.93. In dieser hatte die HRK zwar die Erhöhung von Bedarfssätzen und Freibeträgen sowie die Fortsetzung der Studienabschlußförderung gefordert, aber eben auch, „zu prüfen, ob Studierende ... bereits nach dem zweiten Fachsemester einen Leistungsnachweis studienorientierenden Charakters vorlegen sollten. Ferner sollte ein Beratungsgespräch mit dem zuständigen Hochschullehrer, ggf. i.V. mit der - entsprechend auszubauenden - Studienberatung, stattfinden; dies gäbe den Studierenden die Möglichkeit, sehr früh Interesse und Eignung für das gewählte Studium zu überprüfen.“ Bei dieser Gelegenheit forderte man auch gleich, „als Anreiz für BAföG-Geförderte im Falle des Studienabschlusses in der in der Rahmenprüfungsordnung vorgesehenen Regelstudienzeit oder bei nur geringfügiger Überschreitung der Regelstudienzeit einen Darlehensvoll- oder -teilerlaß vorzusehen.“

Auch der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Albert von Mutius, lehnte zwar die Nichterhöhung der BAföG-Sätze und -freibeträge mit scharfen Worten ab, hält es aber auch „für richtig, daß künftig alle Studenten Nachweise über ihr 'ordentliches Studium' beibringen müssen. Was von den BAföG-Empfängern verlangt werde, müsse aus Gründen der Gerechtigkeit auch für die anderen Studenten gelten, wenn ihre Eltern Kindergeld und Steuerfreibetrag in Anspruch nehmen wollen“.<sup>3</sup>

Am 17. März wurde das Thema in der MinisterpräsidentInnenkonferenz behandelt; die RegierungschefInnen der SPD-regierten Länder forderten dabei „eine Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge entsprechend der Nettolohnentwicklung“, diejenigen der von CxU bzw. großen Ko-

alitionen regierten Länder hielten „eine Anpassung zumindest der Freibeträge für notwendig“ und stellten fest: „Es sind Leistungsnachweise nach dem 2. Semester einzuführen.“ Einig waren sich alle darin, daß „die Gestaltung der Ausbildungsförderung nicht mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten“ habe und daß die Studienabschlußförderung über das Jahr 1996 hinaus beibehalten werden solle.<sup>4</sup>

Bei der Bundesratssitzung am nächsten Tag konnten sich die SPD-Länder mit ihrer Mehrheit durchsetzen; dementsprechend hat sich der Bundesrat „dafür ausgesprochen, die Ausbildungsförderung zum Herbst 1994 um 6 Prozent und die Einkommensgrenzen der Eltern jeweils um 3 Prozent zum Herbst 1994 und zum Herbst 1995 zu erhöhen“. Was den Leistungsnachweis nach dem 2. Semester angeht, so hat sich der Bundesrat dagegen ausgesprochen, und zwar zum einen wegen des befürchteten „enormen Verwaltungsaufwandes“ (PolitikerInnen eben!), zum anderen aber wegen folgender bemerkenswerter Erkenntnis: „Durch den von ihr [der Einführung des Leistungsnachweises] ausgehenden erheblichen Leistungsdruck in den ersten beiden Fachsemestern würde die Orientierungsfunktion dieser Eingangssemester gefährdet.“<sup>5</sup>

Es sieht so aus, als wäre damit das Schlimmste abgewendet. Allerdings ist nach den Länderregierungen jetzt wieder die Bundesseite am Zug, und es ist durchaus denkbar, daß bei dem Ganzen ein Kompromiß herauskommt, etwa nach dem Motto: Ihr (SPD-Länder) bekommt 'eure' BAföG-Erhöhung, dafür bekommen wir (CxU-Länder/Bund) 'unseren' Leistungsnachweis. Es könnte sich also durchaus noch lohnen, sich von studentischer Seite in diese Diskussion einzumischen (und nicht nur den quantitativen Aspekt der (Nicht-)Erhöhung der BAföG-Sätze zu betonen)!

Für die weiteren Folgen des BAföG-Krimis sind bis jetzt folgende Termine geplant:

- 18.3. 1. Durchgang Bundesrat;
- 11.4.-15.4. 1. Lesung Bundestag;
- 9.-18.5. Ausschüsse;
- 18.5. 2. und 3. Lesung Bundestag;
- 10.6. 2. Durchgang Bundesrat.

<sup>2</sup>Zitat aus der Stellungnahme des 172. Plenums der HRK am 21./22.2.1994

<sup>3</sup>dpa-Meldung vom 7.2.94 mit Bezug auf ein Pressegespräch am 31.1.

<sup>4</sup>Aus dem Protokoll der MPK vom 17.3.

<sup>5</sup>Aus der Pressemitteilung des Bundesrates vom 18.3.

## MinisterpräsidentInnenkonferenz

Am 17.3.94 tagte in Bonn die MinisterpräsidentInnenkonferenz u.a. zum Thema Bildungspolitik. Im Einzelnen standen dabei folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Berufliche Bildung
- Bekräftigung der Positionen gegenüber dem Bund
- HRG-Novelle
- BAföG
- Schulzeit bis zum Abitur

Zum Thema Berufliche Bildung war am 11.11.93 eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen von Bund, Ländern, ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften eingesetzt worden. Diese hat inzwischen einen Bericht erarbeitet, der am 22.2.94 von Bundesbildungsminister Laermann der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Darin werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um die Attraktivität von Berufsausbildungen zu erhöhen und die Zahl der Ungelernten zu reudieren. (Ich kenne den Bericht selbst nicht, aber er müßte eigentlich beim BMBW ohne weiteres zu bekommen sein.) Die MPK hat den Bericht zur Kenntnis genommen und die Bundesregierung gebeten, „unter Mitwirkung von Vertretern der Fachministerkonferenzen“ die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen vorzubereiten.

Den meisten Platz im Protokoll der MPK nehmen die (Finanz-)Forderungen gegenüber dem Bund ein: Die HBBFG-Ansätze (Hochschulbauförderung des Bundes) sollen auf 2,3 Mrd. DM erhöht werden; die Förderung von StudentInnenwohnheimbau und -sanierung durch den Bund soll 1994 hinaus verlängert werden; die Leistungen im Bereich Forschungsförderung sollen deutlich gesteigert werden; die Fortführung

und Zusammenfassung der Hochschulsonder- und -entwicklungsprogramme soll finanziell abgesichert werden.

Eine weitere Arbeitsgruppe war beim 'Spitzengespräch' zwischen Kohl und den MinisterpräsidentInnen am 16.12.93 eingesetzt worden, um eine Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorzubereiten. Bund und Länder waren und sind sich einig, daß das HRG geändert werden muß. Doch da hört die Gemeinsamkeit auch schon auf: Während der Bund weitere Regelungen in das HRG aufnehmen will (Fest- und Durchsetzung von Regelstudienzeiten; Professuren auf Zeit und auf Probe; Hochschulzugang; Evaluation etc. – vgl. Anhang 1 des Eckwertepapiers), wollen die Länder – entsprechend dem Vorschlag der Verfassungskommission – die Bundeskompetenzen im Hochschulbereich kräftig einschränken. Da diese Vorstellungen nicht nur verschieden, sondern sogar diametral entgegengesetzt sind, konnten nicht einmal unsere wortgewandten PolitikerInnen einen Kompromiß finden; die Arbeitsgruppe stellte nach zwei Sitzungen ihre Arbeit ein.

Auf eine gemeinsame Stellungnahme zum Thema BAföG konnten sich die RegierungschefInnen nicht einigen; näheres siehe BAföG-Artikel in diesem Heft.

Auch zum Thema „Abitur nach 12 Jahren“ konnte man sich bisher nur darauf einigen, sich zunächst nicht zu einigen. Auf der KMK-Sitzung am 24.2. wurde beschlossen, daß bis zum Jahr 2000 die Schulzeit in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 12 Jahre und in den anderen 13 Jahre betragen soll. Erst dann soll – nach einer „grundlegenden Neubestimmung der Unterrichtsinhalte“ – eine einheitliche Regelung gefunden werden.

## Berichte und Kommentare

### Prometheus' letzte Schicht!

Bildungspolitik von Bündnis '90/Die Grünen

Bildungspolitische Kongresse haben zur Zeit Konjunktur. Getreu dem Motto „mit Bildung kann keine Wahl gewonnen, aber jede verloren werden“ veranstalten B '90/Grüne und die JuSo-HSGen Kongresse zu diesem Themenbereich. Während bei den Bündnisgrünen noch in entsprechenden Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG Schule und BAG Hochschulpolitik) gearbeitet wird, hat die SPD dazu ihre Parteijugend. So können in den SPD-Ministerien prima Eckdaten festgelegt werden, während bei „den Kleinen“ noch an der Hochschule der Zukunft gebastelt wird.

Vom 04.03. bis zum 05.03. haben nun B'90/Grüne in der TU Berlin ihre Thesen und Programm zur Diskussion gestellt. Es sollte ein Beitrag zur Debatte über die Aufgaben von Bildung und Wissenschaft geleistet werden. Gleichzeitig wurde die Gestaltung einer demokratischen und ökologischen Wissenschafts- und Bildungspolitik erörtert. Während der Auftaktveranstaltung versuchten Michael Daxner und Jens Reich, einen An-

stoß zu geben. Dieser wurden in sechs Foren aufgenommen, in denen Themen von neuen Schulformen über den Umgang mit Wissenschaft und ihren Erkenntnissen bis hin zum Wandel in den Ansprüchen an Bildung behandelt wurden. Thesen der BAGen wurden von einem breiten Spektrum (IG Metall bis Ministerium für Wissenschaft und Forschung in NRW) diskutiert, ergänzt oder auch verworfen. Die Erörterung dieser Thesen zielte auch nicht auf ein Ergebnis, sondern sollte neue Impulse vermitteln. In der Diskussion mit VertreterInnen aus der Bildungspolitik, Wirtschaft und sozialen Gruppen war vielfach auch nicht mehr auszumachen, wer hier vor wem geschützt werden muß bzw. wessen Ansprüche zurückgewiesen werden sollen. Die Suche nach neuen Bündnissen war in allen Foren Teilaspekt. Der Diskussionsverlauf wurde bei jedem Forum aufgezeichnet und wird in einer Kongreßdokumentation veröffentlicht, die bei der Bundesgeschäftsstelle von B '90/Grüne erhältlich sein wird.

### Versuch einer Kritik der studentischen Strategien

Wir<sup>1</sup> demonstrieren, wir geben Presseerklärungen ab, wir brechen oder sagen Fachschaftenkonferenzen ab, um mit unseren Inhalten oder auch nur dem (legitimen) Ausdruck von Protest auf die hochschul-externe Öffentlichkeit einzuwirken. Dabei kritisieren wir nicht nur die Politik und die Vorhaben des Bundes aufs Schärfste, sondern auch die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Eine Grundlage der meisten Kritikansätze ist die Tatsache, daß auch das hessische 'Wissenschafts'-Ministerium eine technokratische Politik 'von oben' betreibt. Dies tut es allerdings schon seit es dieses Ministerium gibt, weil in technokratischer Herrschaft ein Wesenszug moderner bürokratisch verwalteter 'Demokratien' liegt. Diese Art der Herrschaft wird das HMWK auch fortsetzen, bis in einem wie auch immer gearteten gesellschaftlichen

Prozeß die Entscheidungsgewalt auf die Betroffenen übertragen ist, d.h. bis staatliche Strukturen aufgelöst werden.

Die Politik 'von oben' drückt sich auch aus in der Nichtbeteiligung der Studierenden bzw. in der Neigung, sie erst zur Umsetzung geplanter Maßnahmen einzubeziehen. Wieviel eine gesellschaftliche Gruppe in diese Politik einbringen kann, hängt ab von ihrer Macht und von ihren gemeinsamen Interessen mit dem Ministerium. So etwas wie einen gleichberechtigten Dialog, der von Studierenden oft eingefordert wird, kann es mit einem Ministerium nicht geben. Wir können an einem Ministerium nicht kritisieren, daß es Politik 'von oben' macht, sondern nur, wie es sie macht.

So moralisch richtig viele der Vorwürfe an das Ministerium sein mögen, so sinnlos erscheint es

<sup>1</sup>mit dem vereinnahmenden 'wir' sind in dem Text die gegen die Studiendeform aktiven Studierenden gemeint. Ich bin mir darüber im klaren, daß es nicht immer auf alle zutrifft, habe aber zugunsten der Lesbarkeit des Textes darauf verzichtet, Aussagen jeweils für verschiedene Gruppen oder Menschen zu differenzieren.

mir, sie gebetsmühlenartig der bundesdeutschen 'Öffentlichkeit' vorzutragen, denn diese 'Öffentlichkeit' fühlt sich – zumindest vordergründig – ganz wohl in dem technokratischen Herrschaftssystem, das wir kritisieren. Sie wird uns also kurzfristig nicht helfen wollen und können – wie auch, sie darf ja nur alle vier Jahre zwischen unterschiedlichen Arten technokratischer Herrschaft entscheiden. Die Massenmedien, das wesentliche Vehikel unserer Öffentlichkeitsarbeit, sind ein Teil dieses Systems und deshalb ein ungeeignetes Sprachrohr für eine tiefgreifende Systemkritik.

## ● uale

In unsere Aktivitäten haben sich einige Denkweisen und Handlungsmuster eingeschlichen, die durch häufige Wiederholung richtig geworden sind und nicht mehr mit Blick auf das jeweilige Ziel hinterfragt werden:

- Wir verlangen als Preis für eine Unterstützung von der Ministerin, daß sie sich einem relativ grundlegenden Forderungskatalog von uns unterwirft. Die Forderungen werden so hoch geschraubt (z.B. Rücknahme von Eichels Unterschrift unter das Ministerpräsidentenpapier), daß sie von der Ministerin gar nicht erfüllt werden können. Dies kann nur den Eindruck erwecken, daß die Ministerin vorgeführt werden soll, und ich glaube, viele von uns wollen das auch. Damit verderben wir uns Möglichkeiten, kleinere Forderungen durchzusetzen, da wir als unberechenbare und unsichere VerhandlungspartnerInnen dem Ministerium keine Konzessionen wert sind. Zusätzlich schaden wir Evelies Mayer, ohne etwas davon zu haben, obwohl den meisten von uns klar ist, daß sie keine für uns bessere Nachfolgerin haben wird.
- Wir beziehen in unsere Überlegungen nicht ein, daß die Macht der Ministerin von vielen Interessengruppen abhängt. Sie kann es sich nicht gut leisten, auf Bundesebene offene Konfrontation mit den anderen Ländern einzugehen, insbesondere nicht mit Anke Brunn und mit SPD-regierten Ländern. Sie kann nicht lauthals für die Drittelparität eintreten, weil sie auch die Unterstützung von Professoren benötigt (am Rande: in dem Institut, in dem sie Professorin war, hatten die Profen den Studierenden freiwillig die Drittelparität zugestanden). Als sie bzw. ihr

Pressesprecher entgegen der Kabinettsraison mehr Geld für ihr Ministerium gefordert hatte, wäre sie von Eichel fast entlassen worden. Fazit: es ist Unsinn, jede ihrer Verlautbarungen auf Integrität zu überprüfen und in ihre wackligen Gratwanderungen zu viel 'bösen Willen' hineinzuinterpretieren.

- Die Politik an den Hochschulen wird sehr vernachlässigt. Der 'Hessische Weg' ist dazu nutzbar, positive Veränderungen, die bisher an der Sturheit von Profs gescheitert sind, umzusetzen. Dies ist natürlich schwer, wenn die Hochschulverwaltung nicht willens oder fähig ist, unsere Positionen aufzugreifen, studentisches Engagement zu unterstützen und selbst Veränderungen zu forcieren. Beispielsweise hat Marburgs Uni-Präsident Simon kurz vor seinem Rücktritt die Ministerin um Eingriffe in die Hochschulautonomie gebeten, da ansonsten nichts verändert werden könne. Unser Präsident Böhme bzw. LuSt-Referentin Sundermann dagegen sind in der Lage, Reformdebatten in der Hochschule anzustoßen und Impulse vom Ministerium weiterzugeben. Diese Unterschiede zeigen, daß ein großer Teil der Problematik an den Hochschulen liegt. Meine Kritik richtet sich weniger an die GremienvertreterInnen oder Fachschafts-/AStA-Aktiven, die in diesem Bereich arbeiten, sondern an die Tausenden von DemonstrantInnen, die nach den Demos wieder in den Hörsälen verschwinden, als ob nichts gewesen wäre. Die AktivistInnen haben allerdings durch stetes Zeigen nach Wiesbaden oder Bonn und auch durch die Formel 'Hochschule gut, Ministerium schlecht' diesen Studierenden den Blick auf die Zustände vor Ort nicht gerade nahegelegt.
- Wir haben bisher keine differenzierte Kritik am 'Hessischen Weg' entwickelt. Die Ablehnung des 'Hessischen Wegs', wie sie z.B. am 25.1. beim ASten-Treffen mit Staatssekretär Kummer formuliert wurde („der Teufel wird mit dem Beelzebub ausgetrieben“) ist bei einem Vergleich mit dem, was in anderen Ländern passiert, nicht haltbar. Nach anfänglicher Skepsis mußte ich sogar feststellen, daß Evelies Mayers Politik (z.B. QdL-Programm) an der TH Darmstadt viele positive Entwicklungen katalysiert hat. Auf der Basis einer pauschalen und teilweise ungerechtfertigten Kritik können wir keine Politik machen.

## Strategien

Ich bin mit den studentischen Aktivitäten der letzten Monate unzufrieden, weil wir nicht über Strategien nachdenken, sondern Rituale abhalten. Mir erscheint als zentraler Fehler, daß wir uns von der Form her im institutionellen Rahmen bewegen, inhaltlich aber diesen Rahmen kritisieren. Wir tun so, als kritisierten wir die Ministerin, tatsächlich kritisieren wir aber das System, in dem sie sich bewegt. Da wir das aber nicht sagen bzw. uns nicht selbst klar gemacht haben, fällt diese Kritik auf die Ministerin zurück. Damit erreichen wir zwei Dinge, die wir nicht wollen: Erstens kommt die Systemkritik nicht als solche an, und zweitens berauben wir uns der Möglichkeit, innerhalb des Systems Wirkung zu erzielen. Wir müssen also für zwei Probleme Strategien entwickeln: (1) Wie können wir den institutionellen Rahmen verändern? (2) Wie können wir im gegebenen institutionellen Rahmen gegen die Studienstrukturreform agieren und sie verhindern oder abmildern? Ich sehe zwei Strategien für kritisch-emanzipatorische studentische Politik (wobei die Ergebnisse der ersten Grundlage der zweiten und die Erfolge der zweiten Voraussetzung für die erste sein können):

1. Wir machen an der Hochschule 'Basisarbeit' (Projekte, Autonome Seminare, Gegenöffentlichkeit, ...) in Form einer studentischen Gegenhochschule oder in Nischen innerhalb der staatlich kontrollierten Hochschulen. Ziele könnten dabei z.B. die radikale Veränderung der vorherrschenden Prüfungspraxis, die Abschaffung der Vorlesung als zentrales Medium der Lehre oder der Abbau von Hierarchien sein. Dieser Bereich sollte sich möglichst wenig auf 'den' Staat beziehen, er könnte stattdessen eine grundlegende Kritik an ihm beinhalten. Die dabei entwickelten Formen wissenschaftlichen<sup>2</sup> Denkens und Lernens könnten schließlich in die Hochschulpolitik und in andere gesellschaftliche Prozesse einfließen.
2. Wir betreiben FunktionärInnenpolitik und versuchen, im Geflecht der Institutionen (Hochschule, Land, evtl. Bund) durch Verhandlungen von uns gewünschte Veränderungen zu erreichen bzw. unerwünschte zu verhindern. Dabei müssen wir uns allerdings auf die Ebene der herrschenden Politik begeben und innerhalb des vorgegebenen

institutionellen Rahmens handeln. Der wichtigste Einflußfaktor für unsere Macht in diesen Verhandlungen ist die Verbreitung und die Entschiedenheit kollektiver studentischer Opposition im Unialltag (nicht auf öffentlichkeits-'wirksamen' Demos!). Je weniger Macht wir haben, desto weiter liegt der erreichbare Kompromiß von unseren Vorstellungen entfernt, und desto mehr müssen die FunktionärInnen ihre Ansprüche an Form und Inhalt der Auseinandersetzungen zurückstecken.

Leider ist kollektive studentische Opposition megalot, so daß wir zur Zeit sehr wenig Macht daraus schöpfen können. Dies reduziert die Handlungsalternativen innerhalb der zweiten Strategie sehr stark. Es gibt jedoch mindestens drei Bereiche, in denen studentische FunktionärInnen etwas erreichen können:

- a. Wir können durch Überzeugungsarbeit EntscheidungsträgerInnen an den Hochschulen, in den Ministerien oder in der Politik gegen die Studienreform gewinnen. Dabei müssen wir allerdings oft Begründungszusammenhänge verwenden, die uns selbst hanebüchen vorkommen (z.B. das Scheingefecht um das längst verrottete humanistische Bildungsideal) oder nicht ganz geheuer sind (z.B. die Ansprüche von Staat und Wirtschaft an die AbsolventInnen).
- b. Wir können durch verschiedene Formen des Protests - von der StuPa-Resolution bis zur Großdemo - eine bestimmte Seite/Partei in den Auseinandersetzungen um die Studienreform unterstützen oder schwächen. Beispielsweise war die (unbeabsichtigte) politische Wirkung der Demonstration in Wiesbaden im Dezember '93 neben einer möglicherweise entstandenen Stärkung des inneren Zusammenhalts in der StudentInnenenschaft die Unterstützung von Evelies Mayer und ihres 'Hessischen Wegs'. Mit der Seite, die auf diese Weise von uns unterstützt werden will, können wir kleinere Konzessionen an uns heraushandeln.
- c. Wir können innerhalb der Hochschulen die Notwendigkeit einer Studienreform aufgreifen und dort den technokratischen Reformvorschlägen entgegengesetzte Strukturänderungen in Gang setzen. Wenn sichtbar wird, daß sich die Hochschulen von alleine rühren,

<sup>2</sup> dieser Wissenschaftsbegriff muß nicht viel mit dem heute vorherrschenden zu tun haben.



entfällt den TechnokratInnen ein wichtiger Begründungszusammenhang für die Notwendigkeit ihrer Reformen. Außerdem ist das Zerstören von Reforminitiativen schwerer als das Besetzen von nicht ausgefüllten politischen Räumen. An der TH Darmstadt betreiben der Präsident und seine Verwaltung diese Art von Politik (ironischerweise wird diese Initiative von den Studierenden

den nicht ausreichend aufgegriffen und unterstützt, um die Initiative zur vollen Entfaltung zu bringen).

Ich hoffe, daß dieser Text die dringend notwendigen Diskussionen über Strategien auslöst.

*Uli Franke, AStA TH Darmstadt*

## Neues aus Hessen

Die erste Runde der Fachschaftenkonferenzen Ministerin Mayer (Diplom- und Magisterstudiengänge an Universitäten) ist inzwischen abgeschlossen. Klima und Verlauf der 8 Gespräche waren sehr unterschiedlich: Einige wurden von den Studierenden ziemlich schnell abgebrochen, bei anderen wurde die vorgesehene Zeit von 3 Stunden voll ausgenutzt. Im Ministerium ist man z.Zt. dabei, die bisherigen Gespräche auszuwerten und zu planen wie es weitergehen soll - die FH-Studiengänge und diejenigen mit Staatsexamina stehen ja noch aus. Jedenfalls haben die zuständigen Leute im HMWK gemerkt, daß es wenig Wert hat, zu viele verschiedene Fachschaften zusammenzufassen und in Plena von bis zu 60 Leuten zu diskutieren.

Das Konzept der exemplarischen Fachanalysen wird weiter verfolgt und wohl demnächst auf andere Fächer ausgeweitet. Dabei wurde - bis jetzt für die Fächer Biologie und Germanistik - den entsprechenden (Universitäts-)Fachbereichen ein Fragenkatalog zur 'Selbstevaluation' vorgelegt, und es wurden landesweite Fachkonferenzen eingesetzt, auf denen VertreterInnen der entsprechenden Fachbereiche die Ergebnisse dieser Befragung diskutieren und Reformkonzepte entwickeln sollen. Leider läßt die Besetzung dieser Fachkonferenzen zu wünschen übrig: Jeder Fachbereich entsandte - entsprechend einer Vorgabe aus Wiesbaden - eineN ProfessorIn sowie eineN wissenschaftlicheN MitarbeiterIn oder eineN StudentIn. Die ProfessorInnen waren also mal wieder im Vorteil - fast so schlimm wie in Hochschulgremien üblich. Nach einer Zusage aus Wiesbaden sollen die künftig einzurichtenden Fachkonferenzen drit-

telparitätisch besetzt werden.

Weiterhin arbeitet man auch in Hessen an einer Vorgabe, nach der die Hochschulen dem Ministerium Lehr- und Studienberichte abliefern sollen. In den derzeitigen Entwürfen heißt es, die drei Gruppen - ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende - müßten „gleichberechtigt“ an der Erstellung der Berichte beteiligt sein. Hier gilt es wohl zunächst einmal, wachsam zu sein, damit uns dieses Instrument nicht aus der Hand genommen und in eine weitere Möglichkeit professoraler Selbstdarstellung und Finanzforderungspolitik verwandelt wird.

Besondere Brisanz gewinnt die geplante Einführung von Lehr- und Studienberichten in Verbindung mit Plänen zur leistungsabhängigen Mittelvergabe. Bereits in diesem Haushaltsjahr werden 5% der laufenden Sachmittel (ATG 71) nach Leistungskriterien vergeben.<sup>1</sup> Diese Regelung, die im Wesentlichen schon praktizierte Verteilungsmechanismen aufgreift, dürfte vor allem als 'Einstiegsdroge' gedacht sein; es ist damit zu rechnen, daß die leistungsabhängige Mittelvergabe in Zukunft ausgeweitet werden soll, und wohl auch damit, daß dann die Lehr- und Studienberichte dafür herangezogen werden. Hier ergibt sich einerseits die Möglichkeit, durch studentische Stellungnahmen realen (finanziellen) Einfluß auszuüben, andererseits aber auch die Gefahr, daß diese Stellungnahmen in einem formalisiert-bürokratischen Verfahren als Rechtfertigung verwendet werden für Entscheidungen, die nicht in unserem Interesse liegen.

<sup>1</sup> Wie es Mitte Dezember aus dem Ministerium hieß, waren dabei folgende Kriterien im Gespräch:

- Anzahl der Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit;
- Anzahl der AbsolventInnen;
- Anzahl der Promotionen und Habilitationen;
- Höhe der eingeworbenen Drittmittel.

Die Einzelheiten wurden oder werden z.Zt. zwischen Ministerium und Hochschulpräsidenten ausgehandelt.

Die vom HMWK eingesetzte Hochschulstrukturkommission hat Mitte Januar einen ersten Zwischenbericht „Stellungnahme zur Struktur universitärer Studiengänge“ vorgelegt und auch an die Uni-ASten und -Fachschaften verschickt. Ein für Ende Januar angesetzter Termin für Gespräche zwischen FachschafterInnen und Mitgliedern der Kommission wurde – nach etlichen Beschwerden von StudentInnen wegen der kurzen Vorbereitungszeit – auf den 26. Mai verschoben. Anfang März hat die Strukturkommission nun einen weiteren Zwischenbericht vorgelegt, in dem es um das Studium an Fachhochschulen geht. In beiden Berichten finden sich etliche vernünftige Überlegungen und Vorschläge; es schimmern aber auch immer wieder die beliebten Konzepte von HRK und Wissenschaftsrat durch – was angesichts der personellen Besetzung der Kommission auch kein Wunder ist. Fairerweise muß allerdings dazugesagt werden, daß sich bei den diversen Umbesetzungen der Kommission seit ihrer Einberufung im Herbst 92 der Anteil der Wissenschaftsrats- und HRK-Mitglieder deutlich verringert hat; es besteht also Grund zur Hoffnung, daß sich die Kommission bis zur Vorlage ihres Abschlußberichtes noch von einigem Unfug verabschiedet.

Im Oktober letzten Jahres hat der Frankfurter Jurist Erhard Denninger dem HMWK ein Rechtsgutachten über „das 'politische Mandat' der Studentenschaft und andere Möglichkeiten studentischer Mitwirkung in der Hochschule“ vorgelegt. Darin kommt er im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen: daß das Bestehen einer verfaßten StudentInnenschaft verfassungsrechtlich zulässig sei; daß diese sich auf das Grundrecht der Mei-

nungsfreiheit berufen könne; daß sie dabei nicht zu 'Ausgewogenheit' oder 'Neutralität' verpflichtet sei; daß sie sich durchaus auch zu Fragen wie Sozialabbau oder Menschenrechten äußern dürfe; daß man die Anteile der studentischen VertreterInnen in den Hochschulgremien erhöhen könne, indem man das HRG und die hessischen Gesetze entsprechend ändere, ohne damit mit dem Verfassungsgerichtsurteil von 1973 in Konflikt zu geraten; daß sich dies jedoch nicht lohne, sondern man eher versuchen solle, Fachschfts- und Fachbereichs- bzw. Fachschafts- und AStA-Arbeit stärker miteinander zu verzahnen. Bei einem Gespräch zwischen ASten-VertreterInnen und Staatssekretär Kummer im Januar wurde vereinbart, im Sommersemester Arbeitsgruppen einzusetzen, um auf Grundlage dieses Gutachtens politische Konsequenzen zu ziehen (z.B. Genehmigung von StudentInnenschaftssatzungen oder Änderung des hessischen Hochschulgesetzes). Um die Arbeit in diesen Arbeitsgruppen (sowie den Umgang mit der Hochschulstrukturkommission) vorzubereiten, wurde auf der Landesastenkonzferenz ein gemeinsamer Termin der Arbeitsgruppen – ohne MinisteriumsvertreterInnen – für den 23. April vereinbart.

Unabhängig davon hat sich ein Arbeitskreis Volksbegehren gegründet mit dem Ziel, ein grundlegend neues hessisches Hochschulgesetz zu erarbeiten und in einem landesweiten Volksbegehren/Volksentscheid ggf. durchzusetzen. Das nächste Treffen des AKs findet am 11.4. im AStA der Uni Gießen statt; nähere Infos sind auch am besten dort zu bekommen.

## Kurz & wichtig

### Schnipsel

- Diverse Neuigkeiten

#### BaWü: Spannungen zwischen RektorInnen und Regierung

In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sich der baden-württembergische Regierungschef und die UniversitätsrektorInnen am 13. Feb. 1994 unter anderem für eine Verkürzung der Studienzeiten, „Anpassung“ des Stoffumfangs und Sanktionen an Langzeitstudierende aus (Pressemittteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg). Allerdings gibt es einige Unstimmigkeiten zwischen der Erklärung und der Presseerklärung der Staatskanzlei. Auf eine Resolution des Senats der Uni-Stuttgart, die in einigen Punkten andere Aussagen macht, zeigte sich Wissenschaftsminister Trotha „menschlich und sachlich schwer enttäuscht“ (Pressemittteilung 25/94 des MWF) Am Mittwoch dem 9. März könnten SPD und CDU im Koalitionsgespräch die Weichen stellen für eine „Studienreform“ in BaWü. Die bekannte Umfalltaktik der SPD läßt nichts gutes erwarten.

*Kirsten (Uni HD)*

#### RCDS-„asta“ in Mannheim?

Der Mannheimer „asta“, der auch Mitglied im fzs ist, ist am 23. Februar laut Aussagen der vorherigen Astis und der Heidelberger Faschaftskonferenz von RCDS und ihm nahestehenden Gruppen übernommen worden. Die jetzigen Astis streiten in einem Fax ihre politische Orientierung ab; „handelt es sich hier also nicht um eine rechte Koalition, sondern im Gegenteil um eine inhaltliche Neuausrichtung der Studierendenvertretung, die sich nicht durch politische Richtungszuweisungen festlegen will.“ Was immer das bedeutet?

• sich genauer informieren will: Alt-„asta“ 0621/26191; Neu-„asta“ 0621/292-5212)

#### HRK

Das Plenum der HochschulrektorInnenkonferenz hat am 21./22.2. getagt. Dort wurde u.a. der bishe-

rige Präsident Erichsen wiedergewählt, eine Stellungnahme zur geplanten BAföG-Änderung (und zu Leistungsnachweisen im Allgemeinen) verabschiedet und – laut einer dpa-Meldung vom 28.2. – eine Rahmenstudienordnung für BWL und Anglistik erarbeitet, nach der als einmal durchgefallen gilt „wer sich bis zum Ende des fünften Semesters ohne triftigen Grund nicht zur Zwischenprüfung gemeldet hat. Ist das Vordiplom nicht bis zum Ende des sechsten Semesters bestanden, soll der Prüfungsanspruch erlöschen.“

#### Centrum für Hochschulentwicklung

Diese Institution wurde am 25. Februar in Gütersloh gemeinsam von HRK und Bertelsmann-Stiftung gegründet. Im Mai soll das CHE mit 7 MitarbeiterInnen seine Arbeit aufnehmen; Leiter wird der derzeitige Rektor der Uni Dortmund, Detlef Müller-Böling. Den Jahresetat von 2 bis 3 Mio. DM übernimmt die Bertelsmann-Stiftung, und auch die Inhalte scheinen wesentlich von dort zu kommen: Methoden modernen Managements; wirtschaftliche, leistungs- und wettbewerbsbezogene Organisation der Hochschulen; Privatfinanzierung und Privatisierung; Elitehochschulen und so weiter. HRK-Präsident Erichsen hält zwar dagegen: „Es gehört zu unseren Grundsätzen, daß Hochschulen keine wirtschaftlichen Unternehmen sind.“, aber mitgegründet hat er das CHE doch, und ganz fremd sind ihm – und etlichen seiner HRK-KollegInnen – solche Pläne wohl nicht.

#### Medizin

Das Bundesgesundheitsministerium hat einen Entwurf zur Änderung der Bundesärzte- und -approbationsordnung erarbeitet. Darin ist vorgesehen, die Studienzeit von 6 auf  $5\frac{1}{2}$  Jahre zu verkürzen. Gleichzeitig soll die Anzahl der Pflichtstunden kräftig erhöht werden.<sup>1</sup> Das Ganze soll schon im März verabschiedet werden.

<sup>1</sup>In der dpa-Meldung ist von einer Erhöhung um 150% (!) die Rede. Vielleicht ist aber auch 'nur' eine Erhöhung auf 150%, also um 50% gemeint – immer noch zuviel!

## Termine

wann	wer/was	warum	wo
<b>März</b>			
3.	8. Runder Tisch: Bildung und Beruf	Soziales, Orga: DSW	TU Berlin
4.-5.	Bildungs- und wissenschaftspolitische Konferenz Bündnis 90/Grüne		Königswinter
4.-5.	RCDS-Bundesversammlung		
8.	FrauenStreikTag		
9.	NRW-MWF: 3. Veranstaltung Hochschuldialog	HS und Wirtschaft	FH Köln
10.	NRW: Abschließende Beratung des Wissenschaftsausschusses	über die Eckdaten	
11.-13.	juso-hsg bildungskongress		schon wieder Berlin
12.	Diskussionstag der NRW-SPD: NRW 2000 Bildung und Beruf	„Rettungsanker Bildung?“	Aachen
12.-13.	Seminar von BdWi und ESG	„Wie effektiv kann Bildung sein?“	
14.	Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft	Bildung und Wiss. für welche Gesellschaft?	FH Köln
15.	NRW: LAT an der FH Niederrhein		Dortmund
15.	NRW: Finanz-LAT an der FH Niederrhein		ASta Abtl. Krefeld, 11.00 Uhr c.t.
16.	NRW: Vortreffen zum MWF-Termin der Ing.wiss.-Fachschaften (FHs) zu den Eckdaten		ASta Abtl. Krefeld, 11.00 Uhr c.t. 12.00 Uhr, FH Aachen
17-19.	Europäische Ost-West-Tagung des European Access Network	„Der Hochschulzugang - ökonomische und soziale Zusammenhänge“	Berlin
17.	MinisterpräsidentInnenkonferenz	Bildungspolitik	Bonn
18.	Bundesrat	u.a. BAföG	Bonn
18.	kein Arbeitskreis Bildungsgipfel	verschoben auf den 30.3.-4.4.	
22.	Ausschuß der StudentInnenenschaften des fzs		11. 00 Uhr, Coburg
23.	Niedersachsen: LAK		11.00 Uhr, Uni Hannover
23.	MWF-Termin der Ing.wiss.-Fachschaften FHs	zu den Eckdaten	10.00 Uhr, MWF Rostock
24.-26.	44. Hochschulverbandstag des Deutschen Hochschulverbandes		(Pressekonf. am 25.3.)
25.-27.	Hochschulpolitisches Seminar des fzs (AK FHs)	HoPo im Wandel oder: war es früher auch schon so?	17.00 Uhr, Karlsruhe, im Z10 - verb. Anmeldung beim fzs!
25.-27.	fzs-AK Fachhochschulen		Karlsruhe
25.-27.	GEW-Seminar Gesamthochschulen		Oberreifenberg - Anm. bis 15.02. bei der GEW
28.	fzs-AG Sozialpolitik		Bonn
29.	Sozial-ReferentInnenreffen NRW		TH Aachen
30.3.-3.4.	Arbeitskreis Bildungsgipfel		Köln
<b>April</b>			
1.	NRW: Stichtag für die Eckdaten?	von nun an 18 Monate zur Umsetzung??	
8.	Bund Freiheit der Wissenschaft: 21. Bildungspolitisches Forum	Privathochschulen und staatliches Hochschulsystem - Gegensatz oder Ergänzung?	Bonn
8.-9.	Baden-Württemberg: LAK		Stuttgart
8.-10.	fzs-Männerseminar		bei Krefeld
10.	Bayern: LAK		Bamgb. oder Regensbg

11.-15. 11.	Bundestag: 1. Lesung der BAföG-Novelle? BLK (Bund-Länder-Kommission zur Bildungsplanung) Hessen: AK Volksbegehren		Bonn Bonn
11.	Hessen: AK Volksbegehren		15.30 Uhr, AStA Uni Gießen
12. 12.	Hessen: LAK (Landesastenkonzferenz) NRW: LAT		? an der Uni Münster, 11.00 Uhr c.t.
14.	9. Runder Tisch: Bildung und Beruf	Hochschulstruktur, Orga: GEW	
15.	NRW-MWF: 4. Veranstaltung Hochschuldialog	Hochschule und Strukturwandel	FH Gelsenkirchen
20.	Ausschuß der StudentInnenenschaften des fzs		11.00 Uhr, JH Wiesbaden
20. 24.	AK Feministische Politik des fzs fzs - Mitgliederversammlung		19.00 Uhr, JH WI 15.00 Uhr, JH WI
24.	Hessen: Landesfachschaftenkonferenz	Vernetzung; Aktionswoche im Mai	Witzenhausen bei Kassel
23.	Hessen: AGs der LAK	a) Mitbestimmung b) politisches Mandat c) Strukturkommission	DA oder MR
27.	5. Veranstaltung Hochschuldialog	Thema: Finanzautonomie	Ort ??
<b>Mai</b>			
2.-6. 5.	Hessen (und anderswo?): Aktionswoche 10. Runder Tisch: Bildung und Beruf	Bildung und Beruf, Orga: ÖTV	
5.-6. 5.-6.	Plenum der KMK Jahresversammlung der HRK	„Hochschulen im Wettbewerb“	München Halle
6.-8.	Seminar von BdWi und ESG: Bildung durch Wissenschaft?	Brauchen wir einen neuen Bildungsbegriff?	?
11.-15.	Berlin: UNiMUT 2 (Kongreß? Aktionswoche?)	Aufarbeitung der Streikinhalte	Berlin
12.-14. 12.-15. 12.-15.	Studium und Lehre, GEW (Kongreß?) BundessozialreferentInnenreffen Bundesfachschaftenkonferenz		Karlsruhe ?
12.-15. 18.-20. 26.	BaugenieurInnen Kongreß „Unitopia“ der Ev. Ak. Tutzing Wissenschaftsrat Hessen: Gespräch mit der Strukturkommission		Schwerin 14.30 Uhr, Uni FfM??
<b>Juni</b>			
3. 2.-5.	Kongreß Perspektiven KOMA (Konferenz der Mathefachschaften) Bundesfachschaftenkonferenz		München Stuttgart Darmstadt
7.	Wirtschaftswissenschaften Senat Hochschulrektorenkonferenz		Duisburg Bonn Bonn
10. 11.	Verbandesgespräch: Studiverbände und HRK Demo - zusammen mit SchülerInnen, Gewerkschaften, ...	Bildungsdeform und Sozialabbau	
26.-28.	Kongreß (BUND, BdWi, DGB, GEW, fzs, ...)	Wissenschaft in der Verantwortung - Politik in der Herausforderung	Dortmund
27.	BLK (s.o.)		Bonn
<b>Juli</b>			
4. 8.-10.	Plenum der HRK Seminar von BdWi und ESG: Geschichte und Perspektiven studentischer Politik		Bonn ?

## Materialmarkt

### Texte, Dokumente und Bezugsquellen

Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) BaWü, Königstr.46, 70173 Stuttgart, Fax: 0711/279 30 81:

- „Studienreform“ (Aktuelle Reihe Nr.4), jetzt in der zweiten Auflage
- „Fächerspektrum an Hochschulen (Aktuelle Reihe Nr.5) Presseerklärung 4/94: detaillierter Plan des Ministers zur Hochschulreform
- „Externe Prüfung der Wirtschaftlichkeit in Universitäten des Landes Baden-Württemberg - Abschlußbericht - ausgearbeitet durch HAYEK Engineering AG“, erste Anmerkungen dazu gibt es bei der Fachschaftskonferenz (FSK) Uni Heidelberg, Lauerstr.1, 69117 Heidelberg.

Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Ahrstr. 39, 53175 Bonn, Tel. 0228-887-0, Fax 887-110:

- „Anschriften der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland“ (inklusive aller Hochschulministerien, BLK, HRK, BMBW; erspart das Nachfragen.)
- Stellungnahme des 171. Plenums zu den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Studierenden (8.11.93)
- Stellungnahme des 172. Plenums zum Entwurf des 17. Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (*da sage noch jemand, das Wort 'BAföG' sei schlimm!*) (21./22.2.94)

Wissenschaftsrat (WSR); Brohlerstr. 11; 50968 Köln:

- „Grunddaten zum Alter der deutschen Hochschulabsolventen und des wissenschaftlichen Nachwuchses 1988 bis 1991 (DRS 1395/94)
- „Fachstudiendauer an Fachhochschulen 1990“ (DRS 1317/93)

Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW), 53170 Bonn, Tel. 0228-57-0, Fax 57-2096:

- Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ (vorgelegt am 22.2.94)

Über die Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe HRG-Novelle und die unterschiedlichen Vorstellungen von Bund und Ländern gibt es einen aufschlußreichen Bericht von BMBW-Staatssekretär Schaumann (Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe) an Bundeskanzler Kohl und den Vorsitzenden der MPK Scharping vom 24.2.94. Das BMBW wird diesen Bericht wohl nicht freiwillig herausgeben, aber es gibt ihn bei uns in Kassel, Hamburg, Darmstadt, Berlin (Adressen s. Impressum)

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), Rheinstr. 23-25, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611-165-0, Fax -766 (bzw. Hochschulstrukturkommission beim HMWK, gleiche Adresse, Tel. 0611-165-750):

- Der hessische Weg – Materialien zur Studienstrukturreform (Sept. 93) (eine Sammlung einschlägiger Erlasse aus dem letzten Jahr mit einem Vorwort der Ministerin)
- Das 'politische Mandat' der Studentenschaft und andere Möglichkeiten studentischer Mitwirkung in der Hochschule – Rechtsgutachten von Prof. Erhard Denninger (Okt. 93) (*wenn das HMWK das Gutachten nicht verschicken will oder kann, müßte es auch bei Prof. Denninger an der Uni Frankfurt zu bekommen sein.*)
- Zwischenbericht der Hochschulstrukturkommission: Stellungnahme zur Struktur universitärer Studiengänge (13.1.94)
- Zwischenbericht der Hochschulstrukturkommission: Stellungnahme zum Studium an Fachhochschulen (3.3.94)

Das neue Landeshochschulgesetz von Mecklenburg-Vorpommern (ca. 40 S.; in Kraft seit Januar) gibt es beim StuRa der Uni Rostock (August-Bebel-Str. 28, 18055 Rostock, Tel./Fax 0381-379-2479,-2480,-2481) oder direkt bei der Druckerei (Obotriten-Druck Schwerin, z.Hd. Frau Schiller, Fax 0385-379079)

Das Sächsische Hochschulgesetz (in Kraft seit dem 3. Oktober 93 – Sächsisches Gesetz- und

Verordnungsblatt Nr. 35/1993 vom 3. September 1993) gibt es beim Verlag (Sächsisches Druck- und Verlagshaus GmbH, Tharandter Str. 23-27, 01159 Dresden, Tel. 0351-4182182, 4182183, Fax 4182186)

Angelika Koch: „Die wissen überhaupt nicht, ob ich da bin oder nicht.“ – über die Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden in der Universität (Diplomarbeit, Nov. 93); herausgegeben vom AStA der FU Berlin für 9 DM (Adresse s. Impressum)

#### Wertvolle Informationsquellen:

- der fzs-Rundbrief Nr. 3 (Anfang März) – an dieser Stelle ein dickes Lob an die Leute vom fzs! (Der Rundbrief wurde an alle ASten/USTen/StuRä verschickt. Falls er an eurer Hochschule nicht zu finden ist, wendet euch vertrauensvoll an den fzs, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228-262119, Fax 214924)
- der (etwa monatlich erscheinende) Rundbrief des LAT (Landesastentreffens) NRW, der normalerweise nur an die nordrhein-westfälischen ASten verschickt wird. Ist aber auch überregional sehr zu empfehlen, da auch viele bundesweit relevante Infos drinstehen und das LAT-Archiv ziemlich gut sortiert ist. Zu haben bei: LAT-Koordination c/o Arno, AStA FH Aachen, Tel. 0241-71091, Fax 708410
- der dpa-Dienst für Kulturpolitik. Enthält zwar auch einiges, was nicht unbedingt direkt mit HoPo zu tun hat (Denkmalschutz, Schulwesen, ...), ist aber trotzdem nicht zu unterschätzen, wenn es darum geht, einigermaßen schnell von offiziellen Beschlüssen und Verlautbarungen zu erfahren. Allerdings kostet das (wöchentlich erscheinende) Teil Geld (die dpa lebt ja schließlich vom Nachrichtenverkaufen – und nicht schlecht). Zeitungsredaktionen, Hochschul-Pressestellen und Bibliotheken haben das Ding oft abonniert und leihen es vielleicht sogar zum Kopieren aus. Wenn nicht: dpa, Mittelweg 38, 20148 Hamburg, Tel. 040-4113-1; Redaktion: dpa Bonn, Heussallee 2-10, Pressehaus 1, 53113 Bonn, Tel. 0228-267000

Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), Büro Marburg (Gisselberger Str. 7, PF 543, 35037 Marburg, Tel. 06421-21395, Fax 24654), Büro Berlin (Brunnenstr. 26, 10119 Berlin, Tel. 030-2826894 (?)), Büro Bonn (Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228-219946, Fax 214924), Büro Leipzig (Karl-Liebknecht-Str. 143, 04277 Leipzig, Tel. 0341-39882430, Fax 39882285), Büro Nord (c/o Dr. Harald Werner, Berliner Str. 34, 28203 Bremen, Tel. 0421-73111) – ein bundesweiter Verein von Studierenden, WiMis und Profs, der sich seit 1968 kritisch mit Wissenschaft, ihren Auswirkungen und ihrer Organisation auseinandersetzt und in einem eigenen Verlag etliche interessante Sachen publiziert, u.a. das Buch „Zwischen Humboldt und Standort Deutschland“ (25 DM).

Evangelische StudentInnengemeinde Köln (E.S.G.) (bildungspolitische Kommission – z.Hd. Vera Klier), Tunisstr. 3, 50667 Köln, Tel. 0221-2577457, Fax 2566674 – veranstaltet (regelmäßig?) gemeinsame Seminare mit dem BdWi.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Referat Hochschulen (z.Hd. Brigitte Eschenbach), PF 900409 (Reifenberger Str. 21), 60xxx Frankfurt, Tel. 069-78973-0, Fax -201 – veranstalten auch regelmäßig Seminare (Vorsicht: lange Voranmeldefristen!), geben Bücher und Broschüren raus.

*Habt ihr oder kennt ihr ein Archiv, in dem Hochschulpolitik-Dokumente, Stellungnahmen und Texte von Euch und andere interessante Sachen gesammelt sind? Dann macht dieses doch via Bunte Lawine einer breiteren Öffentlichkeit bekannt! Das Bunte-Lawine-Archiv in Hamburg existiert zwar und wartet darauf, gefüttert zu werden, aber wir geben uns nicht der Illusion hin, alles haben zu können, was es gibt. Da es aber schon einige Archive gibt<sup>2</sup>, sollten diese wenigstens*

- (a) allgemein bekannt sein,
- (b) voneinander wissen,
- (c) aufeinander verweisen oder Anfragen weiterleiten können.

Am besten wäre es, wenn die einzelnen Archive ihre jeweiligen Bestände katalogisieren und die Kataloge austauschen würden. So etwas wäre natürlich ein ganzer Haufen Arbeit, aber es könnte für die hochschulpolitische Arbeit auch längerfristig sehr nützlich sein.

<sup>2</sup>Bunte Lawine c/o AStA Uni Hamburg, GH Kassel, TH Darmstadt; LAT NRW c/o AStA FH Aachen; GEW; Projekt Archiv in Berlin; Uni-Archiv Duisburg?; Archiv für soziale Bewegungen in Freiburg?; Hinterlassenschaften von vds, FKS, BAS, KdS?

## Impressum

Sitz: diesmal in Kassel

Verlag und HerausgeberInnen:

Angela Graichen, Robert Lange  
bei Graichen, Holländische Str. 22, 34127 Kassel

Satz: Eigensatz (T<sub>E</sub>X)

Druck: Eigendruck in Darmstadt (AStA)

Auflage: 2.500

Redaktion: Max Bareis, Marcus Gottsleben, Angela Graichen (V.i.S.d.P), Olaf Grewe, Norbert Hartl, Robert Lange

Kontaktadressen:

Angie, Robert c/o AStA GH Kassel  
Nora-Platiel-Straße 2, 34127 Kassel, Tel. 0561-804-2885, Fax 84247

Max, Norbert c/o AStA FU Berlin  
Kiebitzweg 23, 14195 Berlin, Tel. 030-831-4008,  
Fax -4536

Per Computer (E-Mail) sind wir zu erreichen:  
Norbert: chaotic@fub46.zedat.fu-berlin.de  
Marcus: gottsleben@mathematik.th-darmstadt.de  
Angie, Robert: lange@hrz-serv7.hrz.uni-kassel.de

Die Bunte Lawine erscheint neunmal jährlich, jeweils während des Semesters.

Der Bezug ist unentgeltlich.

Die Herstellungs- und Vertriebskosten werden durch Spenden gedeckt.

Die veröffentlichten Bezugsquellen bieten ihre Materialien etc. – soweit nicht anders angegeben – kostenlos oder zum Selbstkostenpreis an.

Werbung wird nicht veröffentlicht.